

Bezugspreis:
Stichtag: 10,50 Mk., monatlich 3,50 Mk.
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Post-Bezug: Monatlich 3,50 Mk., zzgl.
Postgebühren.
Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
6,75 Mk., für das übrige Ausland
10,75 Mk., bei täglich einmal, Postleistung
8,75 Mk.
Postbestellungen nehmen an
Dänemark, Holland, Luxemburg,
Schweden u. die Schweiz, Eintragungen
in die Post-Belegungs-Preisliste.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntags-
beilage 'Voll u. frei' erscheint wochen-
täglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komparatizelle
kostet 1,50 Mk.
'Kleine Anzeigen',
das festgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig
2 festgedruckte Worte), jedes weitere
Wort 50 Pfg.
Stellungnahme und
Schlusszeilenanzeigen das erste Wort
65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte.
Erweiterungsschlag 50%.
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen
1,50 Mk. die Zeile.
Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben
werden.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis
5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Ami Morawjan, Nr. 15190-15197.

Montag, den 3. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Ami Morawjan, Nr. 11753-54.

Parteisplaltung in Frankreich?

Der Spaltungsprozess wütet mit wachsender Verheerungs-
kraft in allen sozialistischen Reihen Europas. Nach den
jüngsten Nachrichten aus Frankreich kann kaum ein Zweifel
darüber bestehen, daß das große von Jaurès zur Jahr-
hundertwende geschaffene Werk, daß die Einheit der
französischen Sozialistischen Partei nunmehr
zerstört ist.

Eigentlich war die Krise, die jetzt zum Ausbruch kommt,
seit Jahren latent, etwa seitdem der Ausbruch der russischen
Revolution die bis dahin schlummernden Gegensätze zwischen
Vesajern und Verneinern der Landesverteidigungspflicht in
allen Ländern plötzlich von neuem belebte. Solange jedoch
Teile des französischen Bodens von den feindlichen Heeren be-
setzt waren und Gefahr liefen, dem Amerikanismus größen-
wahnsinniger Militaristen und gieriger Schwerindustriellen
zum Opfer zu fallen, blieb drüber der Grundfah der Ver-
teidigungspflicht fast allgemein anerkannt und die Einheit der
französischen Partei ungefährt.

Mit dem Waffenstillstand änderte sich die Lage
vollständig. Das Ziel der Befreiung des Landes war vollends
erreicht, Kriegskredite wurden jedoch weiter gefordert, nicht
allein für den Unterhalt riesiger Besatzungscontingente auf
deutschem Boden, sondern auch für die aktive Fortführung der
militärischen Operationen gegen die russische Sowjetregierung.
Die Aufrechterhaltung starker Besatzungstruppen diente offen-
bar der beabsichtigten Durchführung ungedachter Friedens-
bedingungen, der Kampf gegen die Bolschewisten dem rein
kapitalistischen Interesse der französischen Reichner zaristischer
Militäraristokratie. Beides hatte eine Verschleppung
der Demobilisierung zur Folge, sowie der Amnestie
für die 60000 während des Krieges von den Kriegserichtern
bestraften Militärpersonen, ferner eine weitere Niederhaltung
der Arbeiterbewegung durch Fortdauer des Besatzungs-
zustandes und der Genur.

Die französische Partei, in der die radikale Richtung
unter Führung Longuets und Cachins längst die Oberhand
gewonnen hatte, befaßte, die Kriegskredite fortan
abzulehnen und zugleich den Kampf gegen die Regierung
Elemente rücksichtslos aufzunehmen. Neben zahlreichen
Stimmhalttern weigerten sich jedoch nicht weniger als elf
Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion, diesem vom
Standpunkt der Partei aus selbsthändlichen Beschluß Folge
zu leisten. Sie stimmten für die Kredite.

Schon damals wurde die Frage lebhaft erörtert, ob diese
Eigendrücker aus der Partei zu entfernen wären. Der
Parteitag begnügte sich mit einem Tadel und stellte den
örtlichen Organisationsverbänden anheim, sie bei der Fest-
setzung der Kandidatenlisten wieder aufzustellen bezw. zu er-
setzen. Man wollte offensichtlich nicht die Dinge auf die
Spitze treiben.

Damit war aber die Krise nicht beigelegt, sondern nur
verschoben, wie es die jüngeren Vorfälle zeigen. In fast allen
Eckenden Frankreichs, namentlich in Paris und in Lyon, hat
die Aufstellung der Kandidatenlisten durch die Partei-
organisationen zum Bruche geführt. Einige der nicht
wieder aufgestellten Deputierten schieden aus der Partei aus und
gingen zum 'nationalen Block' über, einem unter
der Regide des nationalen Handwurstes Gustave Hervé
neugebildeten Konglomerat aller nationalistisch denkenden
Republikaner, in dem auf die republikanische Bestimmung nicht so
viel Wert gelegt wird, als auf die nationalistische. Dort
wurden sie mit Begeisterung aufgenommen. Hervé, der
seine kühnsten Sprengungsträume in Erfüllung gehen sah,
arbeitete rastlos weiter mit dem Erfolg, daß einige der
rechtssozialistischen Abgeordneten, obgleich wieder aufgestellt,
sich mit den Geschickenen solidarisch erklärten und darauf
verzichteten, für die sozialistische Partei zu kandidieren.
In Paris wurde noch ein letzter Versuch gemacht,
an dem sich sogar Führer des radikalen Flügels, wie
Longuet und der Generalsekretär der Partei, Proffard,
eifrig beteiligten, um die Eintracht durch ein Kompromiß
wieder herzustellen. Aber mit über 6500 Stimmen gegen nur
277 wurde beschlossen, die Unzufriedenen laufen zu lassen.

Wenn auch eine neue sozialistische Partei offiziell noch
nicht gegründet worden ist, so ist nach diesen Vorkommnissen
die Spaltung faktisch schon eingetreten. Der Bruder-
kampf beginnt auch dort bereits sehr bedenkliche und
persönliche Formen anzunehmen, und die 'Victoire' von
Hervé, die 'Politique' und natürlich auch die gesamte Bour-
geoispresse auf der einen, einzelne unentwegte Draufgänger
im 'Populaire' auf der anderen Seite schüren ihn nach
Kräften.

Wir, die am eigenen Leibe die verheerenden Wirkungen
des Bruderkampfes zu spüren bekamen, können als Sozialisten
diese Wendung der Dinge nur aufrichtig bedauern. Wir haben
keine Veronachlässigung, für die eine oder die andere Seite vor-
behaltslos Partei zu ergreifen. Gewiß geben unsere Sympathien
vor allem zu denen, die den Kampf gegen den Nationalismus
im eigenen Lande und gegen den Gewaltfrieden von Versailles
am aufrichtigsten und am energischsten geführt haben. Un-

Vor der Entscheidung.

Der Kampf in der Metallindustrie.

In Kellers Festsaal, Koppenstraße, tagte am gestrigen
Sonntag die Generalversammlung der Berliner Metall-
arbeiter. Die ordentlichen Punkte der Tagesordnung wurden
zurückgestellt. Es wurde nur Stellung genommen zu den von
den Unternehmern vorge schlagenen Arbeitsbedingungen. Nach
dem Bericht der Verhandlungsteilnehmer Müller und Ruch
wurde die Redezeit beschränkt, um recht vielen Teilnehmern
der Generalversammlung die Möglichkeit zu geben, der Ver-
sammlung ein Stimmgebild des Betriebes zu entrollen.
Sämtliche Redner lehnten die von den Unternehmern vor-
geschlagenen Arbeitsaufnahmehedingungen entschieden ab.
Die Fortsetzung der Generalversammlung findet heute,
Montag vormittag, 9 Uhr, in der Bodbrauerei,
Fidicinstraße, statt.

Erklärung.

In der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes sind
heftige Angriffe gegen den Parteivorstand der S. P. D.
geschleubert, weil dieser nicht so gehandelt habe, wie Ruch
und Genossen gewünscht haben. Um was handelt es sich? Am
Donnerstag wurde der Parteivorstand zu einer Sitzung, die am
Freitag im Gewerkschaftshaus stattfinden sollte, eingeladen, weil
angeblich die Metallindustriellen den Metallarbeiterstreik dadurch
auf das politische Gebiet drängen, weil sie den Arbeitern wichtige
politische Rechte rauben wollten. Als Grund für diese Behauptung
wurde angeführt, daß die Unternehmer sich weigerten, in Siffer 2
der Arbeitsaufnahmehedingungen einen Satz über die Erhaltung
der bisherigen Rechte aufzunehmen.

Der Parteivorstand, der sonst die Führung wirtschaftlicher
Kämpfe den Gewerkschaften überläßt, erklärte sich be-
reit, zu dieser Sitzung zwei seiner Mitglieder zu ent-
senden, weil er jederzeit bereit ist, dort mitzuwirken, wo er
Interessen der Arbeiter schützen kann.

In der Sitzung wurde nun beschloßen, durch neue Verhandlung
mit den Metallindustriellen zu versuchen, eine Beilegung des
Streitpunktes herbeizuführen, ferner einen Aufruf an die Ar-
beiter zu veröffentlichen, in dem die Arbeiter aufgefordert werden,
die kämpfenden moralisch und materal zu unterstützen. Ein solcher
Aufruf hatte nur dann einen Zweck, wenn es nicht gelingen würde,
eine Einigung über die Streitfrage herbeizuführen. Den Kampf
ohne Rot erweitern, ist die von uns stets verurteilte Taktik
der Ludendorff, Tirpitz und Genossen. Solche Tak-
tik verurteilen wir, einerlei in welchen Kämpfen sie angewandt
wird.

Am Sonnabendmorgen wurde und der Entwurf eines Aufrufs
vorgelegt, der darauf abzielte, den Kampf zu erweitern.

Am Sonnabendnachmittag fand die Sitzung mit den Me-
tallindustriellen statt, die zu dem gestrigen mitgeteilten
Ergebnis führte. Mit den Resultaten waren offenbar alle Betei-
ligten einverstanden, denn man rechnete sicher damit, daß nunmehr
die Generalversammlung die Verabingung des Streiks
beschließen würde. Es wurde über den Vorschlag nicht ab-
gestimmt. Aber ein von Richard Müller vorgeschlagener Zusatz

dererwärts aber steht es fest, daß die Linke in der Behandlung
der bolschewistischen Frage schwere taktische Fehler begangen
hat. Die Bekämpfung des Ententefeldzuges gegen Moskau
war eine sozialistische Selbstverständlichkeit, die aber nicht un-
bedingt in eine Solidaritätserklärung mit den Methoden und
den Zielen der Sowjet-Regierung auszuarten brauchte. Es
ist aber in den extremen Bewegungen eine immer wiederkeh-
rende Erscheinung, daß die Radikalsten immer die Oberhand
gewinnen, und daß die Stimme der Befonneneren überhört
wird. So hat auch Longuet, der die Gefahr einer Spal-
tung unmittelbar vor dem Wahlen richtig erkannte, in letzter
Stunde zur Einigkeit gemahnt. Es war zu spät, die über-
radikale Welle ging ihm über den Kopf, und er muß, wohl oder übel, eine Politik mitmachen, die er aus
taktischen und sozialistischen Gründen innerlich wohl verurteilt.

Es ist der geniale Schwachsinn der Bolschewisten gewesen,
daß sie es verstanden haben, fast alle Kriegsgegner für ihre
Sache zu gewinnen. Fast alle, denn die Bernstein, Rautskh,
Ströbel in Deutschland, Otto Bauer in Oesterreich, Merckheim
in Frankreich, Gynsmans in Belgien beweisen, daß die Kriegs-
gegnerische nicht unbedingt in den Bolschewismus zu münden
braucht.

In ihrem Wahlauftritt hat die sozialistische Partei
u. a. hervorgehoben, daß sie die einzige gewesen ist, die vor
dem Kriege die Politik jener Staatsmänner rückhaltlos ge-
brandmarkt und bekämpft habe, die in allen Ländern
den Krieg gemollt und herbeigeführt haben. Die bürgerliche
Presse tobt wegen dieses 'verbrecherischen' Satzes, von dem
sie hofft, daß er weitere Austritte von bisherigen Fraktions-
mitgliedern veranlassen werde. Wir begreifen die Wut der
Doulouardblätter, dieser Mißschuldigen am Völkergemübel, nur

wurde von den Unternehmern angenommen. Auch Ruch war der
Meinung, daß nunmehr der Kampf zu beenden sei; er er-
klärte nach Kenntnisnahme des Inhalts des Vor-
schlages, daß er

den Kollegen die Annahme dieses Vorschlages empfehlen
werde

und verhandelte dann mit den Unternehmern, unter welchen Mo-
dialitäten nun die Arbeiter wieder in die Betriebe eingeführt wer-
den sollten. Nach einigen Auseinandersetzungen einigte sich Ruch
mit den Unternehmern, daß man dem Metallarbeiterverband die
Arbeiterkategorien und die Zeit bezeichnen sollte, wann die ein-
zelnen Gruppen zur Arbeit anzutreten haben.

Jetzt griff man in der Generalversammlung den Vorstand
der S. P. D. an, weil dieser schuld sein soll, daß der Kampf
nicht von neuem verschärft ist.

Aber zu welchem Zweck sollte der Kampf ver-
schärft werden?

Der Aufruf beginnt mit den Worten:

„Im Kampf der Berliner Metallarbeiter wurde
über die materiellen Streitfragen eine Ein-
igung mit den Unternehmern erzielt.“

Und gegen die Regelung der übrigen Fragen wurde von keiner
Seite mehr Einwendungen erhoben. Es fehlte also nun jedes
Kampfobjekt. Denn Ruch und Genossen erklärten sich soweit
befriedigt, daß sie die Aufnahme der Arbeit empfehlen wollten.
Ein Kampf ohne Ziel ist sinnlose Zerhörung, und
dazu dürfen die Arbeiter nicht mißbraucht
werden.
S. Rollenbühr.

Hierzu erklären die S. P. D.-Funktionäre des Metallarbeiter-
verbandes folgendes:

Die vorstehende Darstellung des Genossen Rollenbühr
über den Gang der Verhandlungen gibt ein wesentlich ande-
res Bild, als es die gestrige Generalversammlung in dem
Bericht der Kollegen Müller und Ruch zu hören bekam. Ganz
besonders in dem Bericht des Kollegen Ruch wurde es so dar-
gestellt, als ob die Vertreter des S. P. D.-Vorstandes schuld
daran seien, daß das letzte Mittel, nämlich der Generalstreik, nicht
zur Anwendung kommen könne, da diese erklärten, daß nicht mit-
machen zu wollen. Wenn man die Darstellung des Genossen
Rollenbühr mit dem Bericht des Kollegen Ruch vergleicht,
muß man zu dem Schluß kommen, daß letzterer nicht den Mut aus-
gebracht hat, der Generalversammlung das zu sagen, was er, am
Abend vorher für richtig hielt. Zu der sachlichen Stellungnahme
unseres Parteivorstandes bei diesen Verhandlungen erklären wir
uns hiermit ausdrücklich einverstanden. Mehr wollen wir heute zu
dieser Angelegenheit nicht sagen.

Das Schiedsgericht zur Lohnklassifizierung der Berliner Me-
tallindustrie hat am 2. November abends seinen Schiedsspruch
gefällt. Der Spruch wird am 4. November den Parteien verkündigt
werden.

zu gut, glauben aber, daß die französische Partei nur in ihrem
eigenen Interesse gehandelt hätte, wenn sie diese Wahrheit
viel früher mit solcher Unzweideutigkeit in die Welt hin-
ausgerufen hätte.

Gegenwärtig scheinen breite Massen des Volkes noch ganz
im Banne der offiziellen Legende des ganz unschuldig über-
fallenen Frankreichs zu stehen. Wenn allein die gestrichelten
Kandidaten aus der Partei ausgetreten wären, dann könnte
man meinen, sie wären zum Gegner übergegangen, weil sie
nichts mehr zu verlieren hätten. Die Tatsache aber, daß
manche andere Abgeordnete, obwohl nicht auf den Listen ge-
strichen, mit diesen ersteren freiwillig gemeinsame Sache
machen, ist eher ein Anzeichen dafür, daß sie noch immer auf
eine starke Anhängerische unter denjenigen Arbeitern rechnen,
die an diese Legende der Unschuld Poincarés und Konforten
glauben.

Wie nun die Massen tatsächlich denken, ist von hier aus
sehr schwer zu sagen. Das Bild, das alle Parteien, nunmehr
auch einschließlich der sozialistischen, zu Beginn dieses Wahl-
kampfes bieten, ist das einer noch nie dagewesenen Zer-
fahrenheit. Bis her durfte man hoffen, daß die Sozia-
listen mit einem ungeheuren Stimmen- und großen Mandat-
zuwachs aus der Schlacht hervorzugehen würden; es ist jedoch zu
befürchten, daß die jetzt — also im denkbar ungünstigsten
Augenblicke — entretende Spaltung diesen Erfolg stark be-
einträchtigen wird.
Victor Schiff.

Anerkennung der tschechoslowakischen Republik. Die aus Prag
gemeldet wird, haben Schweden, Dänemark und Norwegen die
staatliche Unabhängigkeit der Tschechoslowakischen Republik nunmehr
offiziell anerkannt.

Bayerns Arbeiterschaft protestiert!

Die Korrespondenz Hoffmann meldet aus München amtlich: Vom Reichswehr-Gruppenkommando 4 wird im Einverständnis mit dem Ministeriale zu der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1918 betr. Revolutionsfeier erklärt: Der Abbruch der Feiern hat am 9. November oder an anderen Tagen spätestens bis Eintritt der gesetzlich eintretenden Polizeistunde zu erfolgen.

2. An dem schon bisher bestandenen Verbote von Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationen wird nichts geändert.

3. Die Versammlungsgenehmigungen sind von den bekanntgegebenen Militärstellen einzuholen.

Mit diesem Erlaß wird die Feier des 9. November noch weiter eingeschränkt, indem ihr Abschluß an die Polizeistunde geknüpft wird. Diese rigorose Einengung wird vermutlich zu den heftigsten Konflikten und vielleicht sogar zu einer Machtrupte zwischen Militär und Arbeiterschaft führen. Unser Parteiblatt die „Münchener Post“ schreibt am 31. Oktober, also noch vor Bekanntwerden dieser neuesten Verordnung:

Zur Abwehr des Anschlags auf die Ehre der Revolutionskämpfer, in der Zurückweisung des militärischen Herrschaftes ist das Proletariat Münchens einig. Die Einzelkämpfer, von der als von einem zunächst unerreichten Ideal oft die Rede war: In dieser Ehrenfrage ist sie im Nu von selbst entstanden! Sozialdemokratische Partei und Unabhängige Sozialdemokratie, Betriebsräte und Gewerkschaften haben Stellung genommen, und unabhängig voneinander haben alle Parteien und Gruppen, jede einmütig, den Willen ausgedrückt zur Aufnahme des Kampfes. Lediglich darin bestehen Abweichungen, daß hier gleich ein bestimmtes Kampfmittel genannt, dort alle Möglichkeiten ins Auge gefaßt, eine Einzelheit aber noch nicht genannt wird.

So oder so: der militärische Hochmut, der sich vermischt den Ausdruck der Freiheitsliebe und demütigen Bedenkens unter das Ezerzierregiment des Kaiserhofes zu stellen und selbstbewußte politische Kämpfer wie eine Korporalschaft zu behandeln, dieser militärische Herrschaft, dem das deutsche Volk sein Unglück verdankt und der doch immer noch der Politik die Wege vorschreiben möchte: er muß zur Unterwerfung gebracht werden.

Für die Kreise Oberfranken, Mittelfranken und Oberpfalz sind vom Generalkommando M 31 ähnliche Verbote erlassen worden. So dürfen z. B. in Nürnberg und Fürth am 9. November nicht mehr als je drei große Volksversammlungen für jede der sozialdemokratischen Parteien abgehalten werden, in den übrigen Städten nicht über zwei. Die von den Gewerkschaften in Nürnberg und Fürth einberufenen Versammlungen sind in der Zeit vom 1. bis 10. November ebenfalls genehmigungspflichtig. Unser Nürnberger Parteiblatt, die „Frankische Tagespost“, überschreibt diese Verordnung mit den Worten „Diktatur M 31“ und bezeichnet sie als „einen Skandal“. Während sich die politischen Parteien in Bayern seit Wochen herumstreiten, wer die Führung der Regierungsgeschäfte übernehmen solle, hat Generalmajor M 31 den nordischen Anoten durch und verländert: „Sch regiere.“ Weiter heißt es in dem sehr scharf gehaltenen Artikel:

Die Nürnberger und Fürther Arbeiterschaft, der es zu danken ist, daß die Militärregierung in Bayern nur auf München beschränkt blieb und sich infolge der Abtragung der Nürnberger Arbeiterschaft nicht lange halten konnte, protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die politische Bergenshaltung, wie sie in dem Erlaß des Reichswehrkommandeurs zum Ausdruck kommt. Die der Wehrheitssozialdemokratie angehörende Arbeiterschaft von Nürnberg und Fürth ist politisch genug gefaßt, um zu wissen, wann sie Versammlungen abhalten will. Das hat sie zur Genüge bewiesen. Wenn jemand sehr der politischen Befehlung bedarf, so scheint es uns einzig und allein der Verfasser des Erlasses zu sein.

Wenn die bayerische Regierung nicht imstande ist, einen Konflikt zu verhüten, der unabsehbaren Schäden herbeiführen

droht, so ist es unserer Ansicht nach höchste Zeit, daß die Reichsregierung hier eingreift und dafür sorgt, daß nicht durch die Militärs größte Gefahren heraufbeschworen werden.

Die Konferenz vom 25. Oktober 1918.

Die Polemik zwischen Ludendorff und dem ehemaligen Kriegsminister Scheuch führt zu einer interessanten Enthüllung. Ludendorff hat in seinen „Erinnerungen“ bekanntlich dem General Scheuch vorgeworfen, daß er sich in den Oktobertagen des Jahres 1918 nicht seiner Pflicht entsprechend vor den Kaiser und die Armee schuldig gestellt habe. Scheuch hat dies energisch bestritten. Die Kernfrage des Streites interessiert uns wenig, um so mehr, was über die tatsächlichen Vorgänge kurz vor dem Zusammenbruch dabei zutage kommt. Ludendorff hätte sich zur Befristung seines Vorwurfs auch auf eine geheime Besprechung vom 25. Oktober berufen, von der Scheuch jetzt den Schleier hinwegzieht. An Hand genannter persönlicher Aufzeichnungen gibt Scheuch in der „N. A. Z.“ eine Darstellung dieser Besprechung. Der Kriegsminister wurde von der Reichsfanzlei zu dieser Besprechung berufen, ohne zu wissen, was besprochen werden sollte. „Es war dies einer von den vielen Fällen, in denen die D. S. L. in bedeutsamen politischen Dingen vorging, ohne vorher den Kriegsminister zu beteiligen und mit ihm Uebereinstimmung herzustellen“, bemerkt General Scheuch bitter. Ueber die Vorgeschichte dieser Besprechung will Scheuch vorläufig noch nichts sagen. Sie selbst verlief nach seinem während der Sitzung gemachten Aufzeichnungen folgendermaßen:

An der Besprechung, die infolge Erkrankung des Reichsfanzlers beim Vizekanzler stattfand, nahmen außer diesem nur fünf Personen teil. Zweck der D. S. L. war, die Regierung zu bewegen, die Unterhandlungen mit den Alliierten (Rosenwockel mit Wilson) abzubrechen. Demgegenüber betrat der Vizekanzler den Standpunkt, man dürfe den Feind noch nicht abreißen lassen, man müsse erst die Bedingungen des Feindes kennen lernen. Die Entscheidung, ob dann weitergespracht werden solle, liege wesentlich bei der D. S. L. d. h. bei ihrem zu begründenden Urteil, wie die Verhältnisse beim Feind einzuschätzen sind, und wie sie sich entwickeln können.

Der Besuch der Aussprache wurde für mich zur traurigen Stunde in diesen traurigen Oktobertagen. Nichts, rein gar nichts vermochte die D. S. L. auszuführen, was irgendwie überzeugend hätte wirken können. Aussprüche wie: „Wir hatten einige Mißerfolge, aber nicht entscheidende“ — das am 25. Oktober 1918! — oder: „Wir sind über den Berg gekommen“ oder „Unsere Gegner erreichen es vielleicht bis zum nächsten Frühjahr“ — nämlich uns niederzurufen — konnten nur das Gegenteil von dem bewirken, was die D. S. L. wollte. Bei solchem Eindruck verhielten auch Mitteilungen ihren Zweck, die über die Zustände bei unseren Gegnern von der D. S. L. gemacht und von mir bestätigt wurden. Ich versuchte die D. S. L. noch ganz besonders dadurch zu unterstützen, daß ich die schleunigste Bereitstellung des zugesagten Ersatzes als, wie dies tatsächlich am 25. der Fall, bereits begonnen bezeichnete. Auch dies vermochte aber den Eindruck der äußerst schwachen Argumente der D. S. L. nicht zu beseitigen.

Scheuch behandelte dann eingehend sein Erlaubnisangebot, das er als die Voraussetzung und Grundbedingung bezeichnet, „ohne die nach den Ereignissen vom 28. und 29. September an ein Weiterkämpfen überhaupt nicht zu denken war.“ Scheuch rühmt sich, daß sein Regierungsmann, sein Abgeordneter von ihm je ein anderes Wort gehört habe, als die feste Ueberzeugung, es könne und müsse weitergekämpft werden. Aber:

Die Wirkung der dringenden Waffenstillstandsforderung der D. S. L. vom 20. September 1918, die Wirkung der Mitteilungen der D. S. L. an Regierung und Abgeordnete war nicht mehr zu beseitigen. Keine Polemik des Generals Luden-

dorff wird diese Tatsache verwischen. Sie war es, die dem Glauben des deutschen Volkes an seine militärische Führung den entscheidenden Schlag versetzte.

Ludendorffs Babanque-Spiel, seine vollkommene Kopflosgigkeit, die mit dem Augenblick der Niederlage eintrat, werden durch diese Schilderungen eines sicher kompetenten Beurteilers in das grellste Licht gerückt. Ende September drängt Ludendorff in einer Weise auf Einleitung von Verhandlungen, die Panik bei allen leitenden Stellen erzeugt. Am 25. Oktober will die D. S. L. plötzlich die Verhandlungen abbrechen und weiterkämpfen. Dabei vermag sie keine einzige Lastade für einen günstigeren Stand der militärischen Angelegenheiten beizubringen, außer daß sie die vorangegangenen katastrophalen Ereignisse in einer Sprache schildert, die angesichts der wirklichen Lage wie die eines geisteskranken Größenwahnsinnigen wirken muß! Aufs neue vernichtet wird durch diese Darstellung auch die alldeutsche Geschichtsbüchse, daß erst die Revolution die Niederlage herbeigeführt habe, am 25. Oktober 1918 war die D. S. L. geistig und physisch bereits totalbankrott.

Gegen die Ablieferung der Milchflöhe.

Zu den erfreulichen Zeichen persönlicher Gesinnung und ermachender Menschlichkeit auch in den Reihen unserer Feinde gehören die sich mehrenden Proteste in den Ländern der Entente gegen die Ablieferung der deutschen Milchflöhe. So ist am 17. d. M. eine von vielen hervorragenden Vertretern des englischen öffentlichen Lebens, u. a. Arthur Henderson, Lord Robert Cecil, Lord Lansdowne, unterzeichnete Denkschrift der Kommission für die Wiedergutmachung in Paris überreicht worden. Die Denkschrift weist darauf hin, daß der große Mangel an Milch in Deutschland bereits schreckliches Elend unter den Kindern anrichtet und in dem Winter verheerende Folgen nach sich ziehen muß. Die ganze zivilisierte Welt müsse den Wunsch haben, jede vermeintliche Ausdehnung der Kindersterblichkeit, die der Krieg mit sich gebracht hat, zu verhindern. Die Kommission schlägt daher dringend vor, Deutschland die Möglichkeit zu geben, anstatt selbst Milchflöhe abzuliefern, diejenigen Milchflöhe zu bezahlen, die vom Ausland nach Frankreich und Belgien eingeführt werden müssen. Eine zweite Denkschrift ähnlichen Inhalts ist auch von einer Reihe weiterer Vertreter der Öffentlichkeit, u. a. auch den bekannten Sozialpolitikern Sidney und Beatrice Webb unterzeichnet und der Wiedergutmachungskommission überreicht worden.

Kleine politische Nachrichten.

Das Befinden Hanses blieb im Verlaufe des Sonntags unverändert; der Appetit wurde etwas besser. Gegen Abend trat die gewöhnliche Erhöhung des Fiebers ein.

Eine kleine Erleichterung der Oberleibeslage hat die Entente dadurch veranlaßt, daß die Freigeleitschiffe, die Schiffe nach dänischen Häfen aufgestellt werden dürfen, nunmehr auch für die übrigen Ostseehäfen auf besonderen Antrag gegeben werden, sofern die Schiffe sich nicht mit militärischen Operationen befassen.

Industriekrise in Frankreich. Der „Matin“ stellt fest, daß infolge des Rohstoffmangels sowie der Desorganisation des Eisenbahnerverkehrs die großen Firmen von Koubais und Tourcoing beschloßen haben, ihre Fabriken zu schließen und alle Arbeiter zu entlassen.

Der Soldatenmord in Norwegen. Wir hatten in unserer Morgenausgabe vom 27. Oktober auf einen Artikel der Wiener „Roten Fahne“ unter diesem Titel einen Abdruck abgedruckt. Das Berliner Wochenblatt „Das Ausland“ ersucht und nun, mitzuteilen, daß dieser Artikel der „Roten Fahne“ dem „Ausland“ entnommen war. Diese Quelle war in der „Roten Fahne“ nicht angegeben.

Der amerikanische Arbeiterverband hat Comper zum nicht-offiziellen Vertreter der Arbeiter der Vereinigten Staaten auf der Internationalen Arbeiterkonferenz ernannt.

Mensch — Geist — Welt.

Von einem Ratgebuch von Hugo von Hofmannsthal.

Die vom Inselverlag jetzt erstmalig herausgegebene Zweimonatsschrift „Das Inselstück“ vertritt eine größere Anzahl seiner Lebensbeobachtungen des österreichischen Dichters. Wir geben einige in Folgendem wieder.

Der Mensch wird in der Welt nur das getoht, was schon in ihm liegt; aber er braucht die Welt, um getoht zu werden, was in ihm liegt; dazu aber sind Tätigkeit und Leiden nötig.

Die Welt will einen jeden aus ihm selbst herausweihen und wieder zu ihm selbst bringen.

Geist ist durchdringende Wirklichkeit. Was sich von der Wirklichkeit abtrennt, ist nicht Geist.

Eine Flaumfeder kann einen Kieselstein rund schleifen, wenn sie von der Hand der Liebe geführt wird.

Was man in der dichterischen Darstellung das Klassische nennt, hat seine Wurzel in der Gerechtigkeit.

Was Geist ist, erfährt nur der Wehrangie.

Man kann sechszig Jahre alt geworden sein, ohne zu wissen, was ein Charakter ist. Nichts ist verborgener als die Dinge, die wir beständig im Munde führen.

Die abtrende Jugend weiß die Welt von Kräften erfüllt; aber es kommt ihr nicht bei, welche Rolle in der Welt die Schwäche in ihren verschiedenen Formen spielt.

Es braucht das ganze Leben, um einzusehen, wie dinglich sich die Dinge, wie menschlich sich die Menschen verhalten.

Reinigungserlebnisse im Vestingtheater. In farbiger, feinfühlig abgeklärter Aufführung, unter Direktor Barnowsky's Regie, gingen die aus eigenartig diffonanter Phantasie geborenen Werke: Strindbergs „Jeanne Julie“ und Schnitzlers „Grüner Kalaba“, die großartige Revolutionsgroteske, über die Bühne. Das Thema des Geschlechterkampfes, um das als Zentrum des Schwedischen Dichters Schaffens kreist, hat in diesem Stück Dichtung, wo es sich mit der Gegenüberstellung aristokratischer Geladene und Kartennervigen, skrupellos egoistischen, nach oben drängenden Plebejismus verknüpft, eine Gestaltung erhalten, die an jenigen wichtiger Geschlossenheit wohl alle seine anderen Stücke übertrifft. Strindbergs der Ankläger tritt hier hinter Strindbergs den Gefallenen, der aus einer gegebenen Situation heraus ein Schicksal sich in unentzerrter Verleumdung von Notwendigkeiten entfalten läßt, zurück. In jagendem Tempo treibt die Handlung vorwärts. Die aus der Liebe schöpfende Charakteristik macht das pathologische Quälende erträglich. Der streberisch brutale, die verschiedensten Redungen der hysterischen, im Restraum der schwalligen Johannisknacht aus Rand und Band ersonnenen hochmütigen Grafenwörter erst fast zurückweisende Kalat, der dann, nachdem ihn die Voglerde fortgerissen, die Sorge für seinen abenteuerlichen Karriereerfolg auszunutzen sucht, wurde

von Eugen Rißper mit packend suggestiver Plastik dargestellt. Schon gleich am Anfang im Gepolde mit der Adäin Christine, auf deren Heiratstau er spekuliert, markiert sich in scharfgezogenen Umrislinien der Charakter, der in der Folge Zug um Zug sich immer tiefer einstellt. Man fühlt, wie diese selbstbewußte Ueberlegenheit, mit allerhand im Reinerberufe aufgefundenen vornehmen Plöcken ausgestattet, den Frauen imponiert, auf die er es absehen. In reicher, meisterlicher Kuancierung schlossen sich an diesen Auftakt die Szenen, in denen seine mühsam festgehaltene harte Selbstbeherrschung allmählich allmählich immer mehr aufzulösen beginnt. Und eine gleiche komprimierte Spannung lag in dem Umschlag zur Ernüchterung, in der Ausmalung der Pläne, für die ihm Julie als Mittel dienen soll, in der Grausamkeit des höhnenden Dasses, als sie sich gegen seinen Willen aufhebt, wie dem Ernochen jeternder Palastangst, als er das Blutgeschrei des zurückgekehrten Grafen hört. Ebenbürtig stand ihm zur Seite Tilla Durieux, Julie, zwischen krankhaftem Verlangen, jähem Jörn und kopflos wilden Angsten hin und her geworfen. Gut war auch Tilla Grünings dilettantisch nüchterne Köchin, die die gelegentlichen Seitensprünge ihres Jörn ohne Aufregung mit in den Kauf nimmt.

Die Darstellung der Schnitzlerschen Revolutionsgroteske, die im Milieu eines von den Epochen der sensationslustigsten Aristokratie besessenen Pariser Schauspielers und Verbrecherhellers, spukhafte Reflexe des Bolschewismus und der dumpf herangestiegenen französischen Revolution vorüberhulden läßt, zeigte virtuose Kunst der Massenkenntnis. In dem Durchdringen von Jähelertum, Dickschindel und mammon-gelegneten Gesellschaftskreisen trugen die vor ein paar Jahrzehnten entworfenen Szenen heute einen fast aktuell anmutenden Zug. Nur daß von jenem Witz und Geist, der den Grandjeuneurs von damals eignete, in dem modernen Treiben kein Rest mehr zu spüren ist. Eigen berührt es, wie der Verfasser in der Gestalt des Schauspielers Jörn unter dem Lärmn jügellos frivoler Korruption Töne Rauschtaucher Schnuscht nach unverbordener Natur und reiner Liebe anlingen läßt. So weitet sich das Bild, sieht die verschiedensten Beziehungen des Zeitgeistes in seinen Rahmen.

Die verfliegene Schwärzmeret des jungen Henri, der, nachdem er zum Vergnügen der vornehmen Kundschast wieder Abend für Abend wüste Verbrecher münze, nun in blinder Leidenschaft ein Dienchen zur Heiligen verflucht, und, als er sich durch sie betrogen sieht, den herzoglichen Rebenbühler niederrückt, er kam in dem Spieler Konradi Reidis zu warm lebendiger Erscheinung. Eindrucksvoll propädierte sich um ihn der Herbergsdichter Hanns Rißcherz und der Schwarm männlicher und weiblicher Schauspielertalente, unter denen der brüllkräftige Schmierensommerdiant Georg Gärzlers und der neu zugelaufene Lantenmörder Eugen Rißpers besonders hervortreten. Dagna Servaes gab die sie zu ihrem eigenen Erlaunen und wider Willen vergottete Dirne. In der Aristokratenszene wurde der Kaiserlich schillernde Serzgo von Fritz Delius, der grüne siebzehnjährige, aus der Provinz kommende Junge von Martin Gien, die später molante Frau Parquise von Tilla Durieux sehr glücklich verportert.

In den starken wohlverdienten Beifall mischte sich am Schluß bereinigtetes Pfändchen. Wollte man damit etwa gegen die revolutionäre Konart als Tendenz demonstrieren? Konrad Schmidt

Walter Kirshoff gab mit dem Philharmonischen Orchester ein Wagner-Konzert. Der sehr gefächte Sänger schien zunächst etwas indisponiert zu sein. Manche Töne klangen unedel und gepreht. Das Preislied aus „Die Meistersinger“ geriet indes schon lobenswerter. Mit „Wintermärchen“ wichen dem „Wonnemond“ war rühmliches Gleichmaß und Schönheit der Tongebung erreicht. Immer wieder herausgehoben, sang Kirshoff eine Juwelle nur noch zarter und vollendeter. Götte das Orchester mit Richard Vogel, der sehr maßvoll und ausdrucksgeläufig dirigierte, in Vorziehung kommender Dinge nicht Reichhaltigen, der fürmisch Begehrte hätte des Sängers sein Ende gefunden. Weil aber selbst der zäbste Enthusiast nicht will, daß der von ihm Rejubelte sich aufgrund richte, so quäle er fürder keinen Künstler zum Scherz, sondern bescheide sich mit dem, was programmatisch befehlen wird. „was s'viel, das ist s'viel“, heißt es in Strauss' „Lannhäuser“-Parodie.

Das gestrige Mittagskonzert im Schillertheater, Charlottenburg, wurde von Generalmusikdirektor Leo Wech mit dem Orchester der Staatsoper bestritten. Schuberts unvollendete, aber unergeliche H-moll-Symphonie fand zuerst auf dem Programm. Die tiefe Wirkung dieses erhabenen Werkes, die besonders im Andante con moto, dem zweiten Satz, zur Geltung kam, verblühte an technischer Durchführung hinter der Virtuosität, mit der Cuvetiere, Nocturns und Scherzo aus dem „Sommerabendstraum“ wiedergegeben wurden. Da war freudiger Robelspud, daß einem das Herz lachte — ein Beweis, daß das Theaterorchester in der Opernmusik keine Ruffe Seite hat. Auch Friedrich Schmalens Tenor, Dichtung „Kolobou“ bot einen hohen Genuß, dieses musikalisch lyrische Epos, das mit leuchtenden Tönen den böhmischen Nationalstrom begleitet in sprühendem Wäffern, durch tosende Stromschnellen, die wechselnde Landschaft entlang — ein Werk, das an Dunkelheit und Pracht selten übertroffen warb. Derselben Kompanisten Cuvetiere zur „Verkauften Frau“ beschloß das von einem dankbaren Publikum mit verblentem Beifall aufgenommenen Konzert.

Das englische Riesenschiff „R. 38“ ist für rund 12 Millionen Mark an die Admiralität der Vereinigten Staaten verkauft worden. Das Luftschiff überschreitet noch die Ausmaße des „R. 34“, der die Reise über den Ozean nach Amerika gemacht hat. Es mißt in der Länge 305 Meter, sein Fassungsvermögen beträgt 914 000 Kubikfuß, während „R. 34“ eine Länge von 204 Meter und einen Fassungsvermögen von 610 000 Kubikfuß hat. Es ist ausgerüstet mit 9 Motoren von 400 PS, die ihm eine Stundengeschwindigkeit von 145 Kilometer geben. Das Luftschiff kann 30 Tonnen Brennstoff mitführen, die für eine ununterbrochene Fahrt von 18 000 Kilometern ausreichen.

Theater. Das Vesting-Theater plant für Mitte November die Aufführung von Sigurd Jensen's dramatischem Drama „Nobert Brand“.

Die Herbstausstellung Chemnitz'scher Künstler, einschließlich der Werke der gezeichneten und geschnittenen, in der Akademie der Künste, Am Pariser Platz 4, wird am 12. November eröffnet.

Das Buch der Kunstgewerkschaften und Künstlerischen Verufe, in dem Hermann Schmidt'ser praktische Ratgeber für junge Leute gibt, findet lebhaften Anklang. Der sechs Jahren gewaltig erweiterten, kommt es jetzt im Verlage von Georg Siemens, Berlin, in dritter Auflage heraus. Wir hatten mehrfach Gelegenheit, auf das nützliche Buch unseres Mitarbeiters hinzuweisen.

Groß-Berlin

Drogen im Baltanland.

Miles Colbatenlieb / mit Verlaub auf
neu gemendet von Faulchen.

Drogen im Baltanland,
ei, da ist es wundersein.
Da ist die Jägerrei,
da ist das Schiejen frei.
Da muß dabei gewesen sein —
Schiejen, das ist meine Freud!

Fallt auch das Reich zusam —
fall es oder fall es net!
Fallt es net, so bleibt es stehn —
nach Riga muß ich gehn.
Köste kann sich hintenhinten sehn
alle Wochen siebenmal.

Drogen im Baltanland
sind der Mädel Stuben warm.
Wir sind die Herrn der Welt,
Bermondit zahlt gutes Geld.
Wer will noch Hausehauz gehn?
Deutschland ist arm.

Lauter hübsche junge Leut seins wir,
lauter hübsche junge Leut!
Wenn die hübschen jungen Leut nicht wärn
wer soll das viele Geld verzehrn?
Lauter hübsche junge Leut seins wir,
lauter hübsche junge Leut!

Um die Schnellbahn Gesundbrunnen-Neußlin.

Die Nachricht, daß die A. G. Schnellbahn-Gesellschaft aus finanziellen Gründen den Bahnbau einstellen wolle, hat begeisterte Erregung hervorgerufen. Hinter den bei dem Bau beschäftigten Arbeitern und Angestellten, die von Entlassung bedroht sind, steht die nach Reherung der Verkehrsmittel verlangende Bevölkerung. Die Arbeiter und Angestellten hatten gestern (Sonntag) eine Versammlung einberufen, um gegen die beabsichtigte Stilllegung des Bahnbaues zu protestieren. (Eingeladen hatte man auch die Hausbesitzer, deren ganzes Interesse an neuen Verkehrsmitteln sich bekanntlich in Mietzinsaufschraubungen zu äußern pflegt.)

Der Referent, einer der technischen Angestellten, berichtete über die Bemühungen einer aus Betriebsabteilern zusammengesetzten Kommission, die Weiterführung des Baues zu sichern. Der Berliner Stadtbaurat Krause und Professor Wiebe als Vertreter des Zweckverbandes haben der Kommission mögliche Unterstützung zugesagt, aber gegenüber dem Willen der Schnellbahn-Gesellschaft bedeutet diese Erklärung ebenso wenig wie die neuestens auch vom Demobilisationskommissar gegebene Zusage. In der Diskussion versicherten Bauleitungsangestellte, daß durch Senkungen der Bauausführung viel Geld gespart werden könnte. Von anderer Seite wurde hingewiesen auf den Mangel an Zement und Eisen, der auch der Stadt oder dem Zweckverband die Fortsetzung des Baues erschweren würde. Den Jemtschritten fehlte es an Kohle, weil die Transportmittel heruntergewirtschaftet sind. Ein Redner äußerte die Ansicht, daß die am Bau der Schnellbahn beteiligten Unternehmer vorteilhaftere Abjähle für den Wiederaufbau in Nordfrankreich gemacht haben und deshalb den Bahnbau im Stich lassen. Ein Mitglied des Volksgenossen sah in der Stilllegung des Bahnbaues einen Angriff gegen die Arbeiterklasse, der ein Seitenstück zu dem Verhalten der Arbeitgeber im Metallarbeiterstreik sei. (Zustimmung.) Dieser Redner knüpfte an seine durchaus zutreffenden Ausführungen über die frühere Stellung der Gemeinden zu privatkapitalistischen Verkehrsunternehmungen die durchaus unzutreffende Bemerkung, daß „die Herren von der Sozialdemokratischen Partei“, die „sonst nicht Worte genug finden konnten“, jetzt in der Opposition stille geworden seien. (Er hat anscheinend keine Ahnung davon, wie unermüdlich im Zweckverband Groß-Berlin, der für das Groß-Berliner Verkehrsnetz zuständig ist, gerade ein Führer der Mehrheitssozialisten für die Kommunalisierung der Straßenbahnen gewirkt hat.)

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die Vertreter von vielen tausenden Interessenten aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung, Angestellte und Arbeiter der am Bau der Schnellbahn beteiligten Betriebe, erheben in letzter Stunde schärfsten Protest gegen die Einstellung der Arbeiten, die unter den heutigen Verhältnissen geradezu katastrophal wirken und das Heer der Arbeitslosen wieder erheblich vergrößern würde. Um einer weiteren Vergrößerung von Volksvermögen für unproduktive Arbeit (Arbeitslosenunterstützung) vorzubeugen, fordern die Anwesenden die Regierung auf, sofort regelnd einzugreifen. Kommt eine Einigung zwischen ihr und den Unternehmern nicht zustande, so fordert die Angestellten- und Arbeiterkassen die Regierung oder die Kommune Berlins auf, die Arbeiten in eigener Regie unter Mitwirkung der Angestellten und Arbeiter zu übernehmen, wie es anderen Orts (Neußlin) bereits geschehen ist, und den Bau unter Ausschaltung von Arbeitern zu vollenden.“

Krankenkassenkonferenz.

Die freie Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg, der 170 Kassen mit 1388 880 Mitglieder angehören, eröffnete am gestrigen Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus ihre Jahreskonferenz.

Simonowitsch erläuterte den Geschäftsbericht. Er verwies darauf, daß die Leistungen der Krankenkassen im Hinblick auf die heutigen Verhältnisse sehr minimal seien. Die Kassamitglieder klagen lebhaft über diesen Mangel. Es sei nicht möglich, daß jemand von seinem Krankengeld, selbst wenn er den höchsten Satz bezahlt, auch nur die auf Karten erhältlichen Lebensmittel kaufen könne. Unter diesen Umständen müsse man bei Krankheit von einiger Dauer völlig verkommen. Es sei unbedingt notwendig, die Reichsversicherungsordnung dahin zu ändern, daß die Krankenkassen die Möglichkeit haben, höhere Beiträge einzugleichen und entsprechend höhere Leistungen zu gewähren. Obgleich die Versicherungsrate erst kürzlich erhöht worden seien, können schon wieder neue Forderungen in Aussicht, die sogar ohne Rücksicht auf laufende Beiträge gestellt würden.

Wenig, der den Bericht ergänzte, führte aus, die Regie-honorare seien in manchen Provinzorten wesentlich höher als in Berlin. Es sei zu wünschen, daß bei Verhandlungen über neue Vertragsabjähle immer ein Vorstandsmitglied der freien Vereinigung hinzugesogen werde. Die Preise der in den Apotheken abgegebenen Drogenaufschub sind sehr hoch. Durch den Hauptverband der Krankenkassen sei ein System von leistungsfähigen Firmen abgeschlossen, welches den Krankenkassen die Möglichkeit gibt, die betreffenden Artikel direkt an die Mitglieder zu wesentlich billigeren Preisen als die Apotheker abzugeben. Von dieser Gelegenheit solle Gebrauch gemacht werden, wenn kein befriedigendes Abkommen mit den Apothekern zustande kommt.

Julius Esch hielt einen Vortrag über das am 1. Oktober d. J. in Kraft getretene Gesetz über die Wöchnerinnenfürsorge. Die Bestimmung, daß Kinderbewahranstalten, auch wenn weder sie noch ihre Eltern versicherungspflichtig sind, Anspruch auf Wöchnerinnenhilfe haben, kann zur Folge haben, daß die unehelich entstehende Tochter reicher Eltern, wenn sie kein eigenes Einkommen hat — was ja in der Regel der Fall sein wird — als Kinderbewahranstalt in die Wöchnerinnenhilfe in Anspruch nimmt. Für Familienangehörige der Versicherten gilt hinsichtlich der Wöchnerinnenfürsorge keine Karenzzeit. Das kann manchen kleinen Gewerbetreibenden anregen, kurz vor der Niederkunft seiner Frau eine versicherungspflichtige Beschäftigung für kurze Zeit anzunehmen, lediglich deshalb, um seiner Frau die Kosten für die Krankenkasse zu sparen. Das sei ein unhaltbarer Zustand, namentlich im Hinblick darauf, daß Frauen, die auf Grund ihres Arbeitsverhältnisses versichert sind, nichts bekommen, wenn bei der Entbindung ihre Karenzzeit noch nicht abgelaufen war. Eine offene, im Gesetz nicht beantwortete Frage sei die, ob die Tochter als Familienangehörige ihren Anspruch auf Wöchnerinnenhilfe an die Kasse, der ihr Vater oder an die Kasse, der ihre Mutter angehört, stellen soll. Der Redner steht auf dem Standpunkt, die für den Hausabstand zuständige Kasse sei in solchen Fällen heranzuziehen. Durch die Wöchnerinnenhilfe würden die Krankenkassen im allgemeinen Durchschnitt mit 5.14 R. pro Kopf der Mitglieder belastet. Um diese Mehrbelastung zu decken, müßten die Beiträge um 1 Prozent erhöht werden. Den Krankenkassen sei zu raten, in der Wöchnerinnenfürsorge keine über das Gesetz hinausgehende Mehrleistung zu gewähren. Das Gesetz sei ohne Anhörung von Fachleuten in aller Eile zustande gekommen, es müsse daher recht bald wieder geändert werden.

Die Konferenz beschloß, eine regelmäßige Revision der der Vereinigung angeschlossenen Kassen vornehmen zu lassen und zur Deckung der Revisions- und der allgemeinen Verwaltungskosten den Beitrag auf 7 Pf. pro Mitglied zu erhöhen. Als Revisoren wurden Julius Esch und Robtenger, als Erfahrmänner Köhn und Gruber bestimmt.

Die Konferenz wird am Montag fortgesetzt.

Der Vortragsabend über Volkswirtschaft von Genossen Erwin Barth fällt heute Montag aus. Nächster Vortrag am Montag, den 10. November.

Der entlassene Wärfelknecht als Infanterie-Leutnant. Hochflapieren im großen Stil betrieb seit einem halben Jahr ein junger Mann, der sich Baron Edwin von Kosta, Leutnant im 12. Husaren-Regiment Lortzau, nannte, bis er gestern als der 21 Jahre alte frühere Wärfelknecht Willy Walbach aus Stellung entlassen wurde. Walbach entließ seinem Reiter aus der Lehre und ließ sich nahebei in der mehreren Freireiter amieren. So kam er in Lortzau in die Schreibstube des Husaren-Regiments. Dort ließ er einen Post auf den Namen eines Bismarckmeisters Ernst Roth. Daraus machte er durch geschickte Fälschungen einen Leutnant Baron Edwin von Kosta. Diesen spielte er nun seitdem mit großem Erfolge selbst. In seiner schneidigen Uniform fand er überall Eingang. Nach Berlin brachte er von Frankfurt einen eigenen Kutscher mit. Das war ein Mann, den er dort für ein russisches Regiment angeworben hatte. Der „Infanterie-Leutnant“ und „Baron“ wohnte in Berlin in den ersten Hotels, verkehrte in den besten Kreisen, nebenher aber auch viel in Spielclubs und mit dem Schieberwelt. In einer Familie gewann er die Zuneigung der Tochter. Man stellte dem „Baron“ vertrauensvoll Fuhrwerk zur Verfügung, mit dem er als schneidiger Offizier ständig umherfuhr. Ein Kutscher stellte ihm vier Pferde zur Verfügung. Jetzt nachträglich kam heraus, daß der „Herr Baron“ mit dem Kutscher nicht bloß ausgefahren und mit den Pferden nicht nur ausgeritten war, sondern daß er sie überall für sein Eigentum ausgegeben und darauf bedeutende Darlehen erhalten hatte. Den Schiebern hatte er vorgeliegt, daß er in der Lage sei, ihnen Heeresgut in großer Menge zu verschaffen. Sie machten große Abjähle mit ihm und leisteten ihm ebenso große Anzahlungen, ohne jedoch irgendwelche Ware zu erhalten. Trotz aller dieser erzielten Schwandeleien kam der Herr Leutnant durch sein flottes Leben doch einmal so in Verlegenheit, daß er die Sachen seines Kutschers heimlich veräußerte. Jetzt erkannte der Wärfelknecht, mit wem er zu tun hatte und machte Anzeige. Die Kriminalpolizei ermittelte den Hochflapier in einem vornehmen Hotel und nahm ihn fest. Abgesehen von seinen anderen Schwandeleien hat der unternehmende Wärfelknecht überall auch große Hotelschulden hinterlassen, ebenso erhebliche Spielschulden. Man hat ihn jetzt auch im Verdacht des Faltschpielens.

Eine Einbrecherbande mit einem weiblichen Anführer wurde gestern von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Eine frühere Kontoristin Emma Mondschlein aus Charlottenburg war nicht nur die Leiterin der Einbrecherbande, die, wie in früheren Fällen die Gelegenheit zum Einbruch ausfundschaffte, sondern sie nahm auch aktiven Anteil an dem Einbruch. Sie verschaffte sich zunächst durch eine Kontoristin zwei Schlüssel zu einem Tuchverlagsgeschäft in der Anhalterstraße und drang mit ihnen Spiegelfellen in einen Kellerraum ein und stahl für 80000 Mark Stoffe, lud die Beute auf ein Fuhrwerk und fuhr unbehelligt davon. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß die Ware nach Charlottenburg gebracht und von dort in kleinen Posten verschoben worden war. Sie kam jedoch noch rechtzeitig dazu, beschlagnahmte sowohl die dort noch lagernde wie auch die bereits abgejähle Ware und nahm die ganze Gesellschaft fest.

Der Raubmord auf der Landstraße Baaren-Bauku bei Spandau beschäftigt auch die hiesige Kriminalpolizei. Die Untersuchung hat ergeben, daß der 41 Jahre alte Postbesitzer Hermann Schlier aus Baaren von dem Mörder hinterlistig erschossen worden ist. Er zahlte ihm die Uhr, die Geldbörse und das Taschentuch. Legte jedoch die Leiche vor den beladenen Kartoffelwagen und ließ sie überfahren, um einen Unglücksfall vorzutäuschen. Ein solcher wurde auch zunächst bei Auffindung der Leiche angenommen. Alle diejenigen, die um die in der fünften Morgenstunde am Freitag sich in der Umgebung aufhalten und etwas wahrgenommen haben, werden ersucht, sich im Zimmer 84 des hiesigen Polizeipräsidiums oder bei dem Amtsvorsteher von Baaren oder Bauku umgehend zu melden.

Eine dreifache Räuberbande wurde gestern von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Sie war in die Wohnung eines Schneiders St. in der Ribbeckstraße eingedrungen und hatte diesen unter dem Vorgeben, daß sie Kriminalbeamte seien und eine Durchsuchung vorzunehmen müßten, 18000 Mark geraubt. Es gelang der Kriminalpolizei festzustellen, daß der Inhaber der Bande ein Schächler Friedrich Erdmann aus Weichen war, der mit zwei Spießgesellen, einem Schloffer Bruno Conrad und einem gewissen Reubendorf, der die Uniform eines Sicherheitswächters angelegt hatte, den Heberfall ausgeführt hatte. Sie konnten schnell ergreifen und das Geld bis auf 1000 R., die die Bande schon ausgegeben hatte, wieder herbeigeschafft werden. Die Räuber wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Es besteht der bringende Verdacht, daß die Bande ähnliche Heberfälle auch an anderen Stellen ausgeführt hat. Meldungen über ihr früheres Auftreten nimmt die Kriminalpolizei im Zimmer 107 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Lichtberg. Eine sehr schwere Beschwerdebefehle in Lebensmittelforschungsangelegenheiten ist im Rathaus, Röllendorferstraße 6, Zimmer 15, eingerichtet worden, die wochentags von 8-12 Uhr geöffnet ist. Beschwerden werden mündlich und schriftlich entgegengenommen und, sofern sie sich nicht sofort erledigen lassen, nach eingehender Prüfung des Sachverhalts entschieden. An dem Magistrat oder an die zuständigen Nachabteilungen der Nahrungsmitteleinspektion (Fleisch, Kartoffel, Kolonialwaren usw.) gerichtete Beschwerden werden zunächst diesen Abteil-

ungen vorgelegt und gehen der Beschwerdebefehle erst zu, wenn vom Ratrage des Beschwerdeführers nicht entprochen wird.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wendebach. Ab Freitag (B. 17) 1 Pfd. Weizenmehl (C. 17) 1 Pfd. Suppenwürstl (D. 18) 1/2 Pfd. Graupenmehl (E. 18) 1/2 Pfd. Narmelade (45) 200 Gramm Sago. Anmelungen bis Mittwoch.
W. Glenside. Vom 3. bis 9. November (96) 125 Gramm Graupen, 250 Gramm Mergentrant; (97) 250 Gramm Weizenmehl; (98) 250 Gramm Narmelade; (47) 250 Gramm Graupen oder Narmelade. Für Kriegsbäckerei 1 Pfd. Rindfleisch. Für Kranke Griech oder Pasteten. Frisches Gemüse sowohl der Vorart reich. Für Kinder im ersten Lebensjahr (A. 1) eine Dose Mergentrant, 150 Gramm Margarine (E. Z.).
Bantow. Ab Dienstag 200 Gramm ausl. Weizenmehl (92). Vom 3. bis 9. November in den von der Firma Spezialmehl liefernden Geschäften auf A-Karten 1/2 Liter, auf B-Karten 1/2 Liter und auf C-Karten 1/2 Liter Milch bis auf weiteres. Die 1/2-Liter-Kartensorten können vom 3. bis 9. November nicht geliefert werden. Als Ersatz für die ausfallende Milch ein Pfund Reis. Die Karte kann in den bekannten Geschäften gegen Abrechnung der Abjähle von der 1/2-Liter-Kartensorte in Empfang genommen werden.

Gewerkschaftsbewegung

„Unannehmbares“ im Betriebsräte-Gesetzentwurf.

Unter diesem Titel veröffentlichte vor einigen Tagen das „Berliner Tageblatt“ einen Artikel des demokratischen Abgeordneten Gothein, der den schärfsten Widerspruch der Arbeiter herausfordert muß. Der großoptimalistische rechte Flügel der Demokraten kann sich eben absolut nicht damit abfinden, daß in unserer Zeit der „Herr-im-Haus“-Standpunkt einer Revision zugunsten der Arbeiter unterzogen und letzteren Gelegenheit gegeben werden soll, ihre Interessen im Ausschüsse der Aktiengesellschaften selbst zu vertreten. Gegenüber den forbernden Arbeitern erklären die Unternehmer bekanntlich stets, daß ihr Unternehmen nicht rentabel genug sei, um die Forderungen zu erfüllen; dieser Einwand wurde den Unternehmern sehr oft an Hand der Bücher widerlegt.

Herr Gothein sagt: „Die deutsche Industrie ist groß geworden nicht an den Gewinn, die sie ausgewiesen, sondern an denen, die sie versteckt hat.“ Mit Verlaub, ist die Industrie nur bei diesem Verfahren groß geworden, aber nicht auch das Vermögen der Kapitalisten? Und die so schlau versteckten Gewinne, sind sie nicht den Arbeitern entzogen worden?

Die Bestimmung, den Betriebsräten Einblick in die Bilanz und womöglich auch in die Bücher der privaten Unternehmer zu gestatten, nennt Gothein „eine geradezu ungeheuerliche Forderung“. „Mit vollem Recht“ habe dieses Verlangen einen Sturm der Entrüstung in den Kreisen von Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft erzeugt. Das glauben wir, denn niemand gibt gern alte Rechte auf. Wohl werden für absehbare Zeit die privaten Unternehmer noch eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben spielen, aber auch sie müssen sich den Forderungen anpassen. Nicht Zustimmung der Arbeiter, sondern verständnisvolles Zusammengehen mit ihren Mitarbeitern ist es, was jetzt unbedingt verlangt werden muß. Und anderen Vertretern in der Nationalversammlung obliegt es, diesem „Unannehmbaren“ der Demokraten einen ebenso festen Willen entgegenzusetzen, um den § 33 des Entwurfs zur Annahme zu bringen.

Metallarbeiterverband.

Wagung, Funktionaler Seite, Montag, den 3. November, vormittags 9 Uhr, im Bahnhofs (früher Bodbrauer), Hildinstraße 23, Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle. Tagesordnung: Fortsetzung der Erledigung der Tagesordnung der Generalversammlung vom Sonntag, den 2. d. Mts. Legitimationskarte und Mitgliedsbuch oder Streifenkarte sind am Eingangs vorzulegen; ohne diese kein Zutritt.

Die Fünfzähler-Kommission tritt eine Stunde früher, um 8 Uhr, im selben Lokal zusammen.

Die Sitzung des Obseks der Sitzenden findet nachmittags 3 Uhr im großen Saal der Sophienstraße statt.

Die Ortsverwaltung der Fünfzähler-Kommission.

Die Betriebsversammlung der Firma E. Meyer, Berlin und Hiltensau, ist heute Montag nachmittags bereits um 1/2 Uhr im kleinen Saal der Hiltensau, Küsterstraße, nicht — wie ursprünglich gemeldet — um 1/2 Uhr.

Abendversammlung der Fünfzähler-Kommission, Dienstag, vormittags 10 Uhr, in der Schulstraße, Frühlingsstraße, Betriebsversammlung. Nach der Versammlung Auszahlung der Entlohnungskarte.

Anspruch und angelegte Betriebe. Wegen der Fortsetzung der Generalversammlung findet am Montag die angelegte Betriebsversammlung nicht statt.

Postausbesserer und Postausbesserinnen im mittleren Beamtenstand.

Die im Oktober gegründeten hien bereits existierenden Ausbesserkräfte werden ersucht, sich unverzüglich im Ortsbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Kochgruppe 1b, Welle-Alte-Strasse 7-10, anzumelden. Die Legitimation wird alle in der letzten Zeit ausgetretenen Ründigungen und Entlassungen nachprüfen und gegebenenfalls weitere Schritte veranlassen. Diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die die Protokolle über die Familienverhältnisse den Vertrauensleuten der Betriebe bereits ausgehändigt haben, sind von dieser Anmeldung ausgeschlossen.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns des weiteren: „Als Interessenvertretung der Ausbesserer im mittleren Beamtenstand haben wir zu den beiden am 18. und 19. Oktober im „Vorwärts“ enthaltenen Notizen über unsog. soziale Maßnahmen der Oberpostdirektion Berlin“ folgende Ergänzungen und Berichtigungen hinzuzufügen:

Es entspricht durchaus nicht den Tatsachen, daß die umfangreichen Ründigungen von Ausbesserkräften lediglich als eine Folge der Hauptigkeit des Erholungsurlaubes anzusehen sind. Durch diese Massenentlassungen von Ausbesserern sind in den allermeisten Fällen Arbeitskräfte getroffen, die erst im Laufe dieses Frühjahrs oder Sommer zum Ausgleich für Urlaub bestimmt waren. Es handelt sich um jahrelang im Dienst der Oberpostdirektion stehende Angestellte, die auch nicht für den von der Oberpostdirektion erwiderten Zweck eingestellt worden sind.

Die Verletzung der Oberpostdirektion stellt nur eine Bestätigung der in dem ersten Artikel erwähnten unsog. sozialen Maßnahmen dar. Sie muß selbst gegeben, daß in dem gleichen Augenblick, in dem Massenentlassungen erfolgen, zu dem Nachbedarf und dem hohen Singultit von Rekrutanten weitere Arbeitskräfte eingestellt werden müssen.

Hier liegt das unsog. soziale Moment. Wir müssen von den Leitern der öffentlichen Anstalten des Reiches verlangen, daß bei ihren dienstlichen Maßnahmen Rücksicht genommen wird auf die gegenwärtige unheilvolle Lage des Arbeitsmarktes.

Zentralverband der Angestellten, Section Süd-Ost, Montag, nachmittags 5 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Schulstraßen-Kaufhaus, Neue Nollstraße 24/25. Referent: Fritz Weinberg.

Vand der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Osten 1, Mittwoch, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung in den Andraßkoffeln, Andraßstraße 21. Neben und Anträge zum Sonntag. Kreisgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Hiltensau, Montag, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, Sophienstraße, Sophienstraße 17/18, Versammlung mit wichtiger Tagesordnung. Das Erscheinen aller Mitglieder der Wutab, Bezirksverbände und Zentralverbandes auf der Hiltensau-Veranstaltung unbedingt erforderlich.

